



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Mobilität u. Digitalisierung

Termin	Donnerstag, 03.03.2022, 17:00 bis 22:00 Uhr bis TOP 16
	Mittwoch, 09.03.2022, 17:00 bis 20:15 ab TOP 17
	TOP 23 in teilweise gemeinsamer Beratung mit dem ABOF
Ort	Rathaus Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
1.5	Genehmigung der Niederschrift
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Ergebnisse aus den Mobilitäts-Workshops Vorlage: 61-003-2022
4.1	Antrag CDU / Grüne Fußverkehrscheck Vorlage: 61-007-2022
5	Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen - Entwurfsplanung für den Förderantrag - Vorlage: 66-004-2022
6	Vorstellung der KAAW Vorlage: 10/11-001-2022
7	Satzung der Stadt Wülfrath über die notwendigen Stellplätze (Stellplatzsatzung) Vorlage: 61-002-2022
8	Straßen- und Wegekonzept Stadt Wülfrath 2022-2026 Vorlage: 66-003-2022
9	Aufhebung der Hundewiese im Grüngürtel Ellenbeek Vorlage: 66-005-2022
10	Dezentrale Aufstellung von Elektroschrottcontainern - Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Die Linke./Wülfrather Liste v. 03.02.2022 Vorlage: 66-007-2022
10.1	Antrag der Fraktion Die Linke./Wülfrather Liste v. 03.02.2022 "Dezentrale Aufstellung von Elektroschrottcontainern" Vorlage: 66-008-2022
11	Zwischenbericht zu den aus Fördermitteln finanzierten Pflanzmaßnahmen (Baumscheiben) Vorlage: 66-009-2022
12	Wurzeln in Wülfrath – Mehr Bäume für unsere Stadt Vorlage: III-005-2022



13	Kommunales Grün- und Freiflächenmanagement Vorlage: III-012-2022
14	Projektvorschlag Urbane Klimaresilienz Vorlage: III-006-2022
15	Einführung eines kommunalen Energiemanagementsystems Vorlage: III-002-2022
16	Leistung der Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach Vorlage: III-007-2022
17	Klimaanalysekarte - Stellungnahme der Verwaltung Vorlage: III-013-2022
17.1	Änderungsantrag die Linke/Wülfrather Liste - Alternative Vorgehensweise Klimakarte vom 15.02.2022 Vorlage: III-015-2022
17.2	Antrag des Wülfrather Gruppe e. V. vom 10.2.2022 zur Erstellung einer Klimaanalyse-Karte Vorlage: III-011-2022
18	Sachstand Erstellung Fokuskonzept Wärme- und Kältenutzung Vorlage: III-003-2022
19	Grundsatzbeschluss Brandschutzkonzept und -maßnahmen am DLZ Vorlage: 65-005-2022
20	Personalangelegenheiten - befristete Stellenmehrung im Tiefbauamt (0,5 VZÄ) Vorlage: 10/11-005-2022
21	Neues aus dem Klimaschutzmanagement Vorlage: III-008-2022
22	Personalangelegenheiten - Verstetigung der Stelle Klimaschutzmanagement Vorlage: 10/11-003-2022
23	Haushaltsplanberatungen zum Doppelhaushalt 2022/2023 Vorlage: 20-010-2022
23.1	Antrag der Wülfrather Gruppe, Reduzierung des Kassenkredits um 1 Mio. Euro - Stand der Umsetzung Vorlage: BVV-003-2022
24	Mitteilungen und Anfragen



Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

Zu Beginn der Sitzung werden folgende Tischvorlagen verteilt:

- TOP 8: Straßen-und Wegekonzept 2022-2026 Auszug 2022/2023“
- TOP 23: Haushaltsplanentwurf 2022/2023 Veränderungsantrag der Verwaltung vom 02.02.2022
- TOP 23: Gesamtänderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2022/2023 Stand: 02.03.2022

TOP Eröffnung der Sitzung

1.1

Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther begrüßt die Anwesenden. Sie gibt anschließend eine persönliche Erklärung ab, die in der Anlage dieser Niederschrift beigefügt ist.

TOP Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

1.2

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.

TOP Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.3

Die Beschlussfähigkeit am 3. März wird bei 17 anwesenden AUMD Mitgliedern festgestellt. Am 9. März wird die Beschlussfähigkeit zur Wiedereröffnung der Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung bei 16 anwesenden AUMD Mitgliedern festgestellt.

TOP Feststellung der Tagesordnung

1.4

Am 3. März:

Aufgrund der langen Tagesordnung wird TOP 6 „Vorstellung der KAAW“ auf den nächsten Sitzungslauf verschoben. Zu TOP 7 „Stellplatzsatzung“ sollen Details in der Sitzung des AWS (Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung) am 8. März erörtert werden und heute nur Fragen gesammelt werden.

Von Herrn Sträßer (CDU) wird vermutet, dass die vielen Bürgerinnen und Bürger zum TOP 8 „Straßen- und Wegekonzept“ anwesend seien. Auf Anregung des Bürgermeisters Herrn Ritsche sollen deren Fragen direkt zum TOP 8 in einer Sitzungsunterbrechung gestellt werden. Die Vorsitzende stellt dazu den Konsens fest.

Am 9. März:

Die Fortsetzung der Sitzung des AUMD vom 3. März findet zu Beginn als gemeinsame Sitzung von AUMD & ABOF statt:

Die Haushaltsberatungen von ABOF und AUMD TOP 23 werden für die gemeinsamen Produkte



direkt im Anschluss an die Formalien begonnen. Danach werden die Produkte des ABOF nur von diesem beraten. Hier endet die gemeinsame Sitzung mit dem ABOF. Dann werden die Produkte des AUMD nur von diesem beraten. Zum Ende werden alle offenen Tagesordnungspunkte aus der Sitzung des AUMD am 3. März beraten.

TOP 1.5 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird genehmigt.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Es erklärt sich am 3. und 9. März kein Ausschussmitglied für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Am 3. März:

Es wird von der Vorsitzenden gefragt, ob neben den Fragen zu TOP 8 „Straßen- und Wegekonzept“ noch weitere Einwohnerfragen bestehen. Der Einwohner Herr Köhler hat Fragen zu TOP 13 „Kommunales Grün- und Freiflächenmanagement“. Die Vorsitzende sagt zu, dass die Fragen direkt zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten gestellt werden können.

Am 9. März:

Werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

TOP 4 Ergebnisse aus den Mobilitäts-Workshops Vorlage: 61-003-2022

Das Planungsbüro VIA (Herr Eidam) und die Kommunikationsagentur tippingpoints (Frau Krug) stellen die Ergebnisse aus den Mobilitäts-Workshops in einer Präsentation dar und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder. Die Präsentation wird zu Niederschrift genommen (s. Anlage). Herr Mrstik erläutert den von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zuvor schriftlich gestellten Antrag das Mobilitätskonzept im nächsten Jahr um das Modul „Fußgängercheck“ zu erweitern. Frau Kuchler (Die Linke) betont, dass bei der Mobilität die Interessen der Schwächsten, also der Fußgängerinnen und Fußgänger, zuerst betrachtet werden sollten.

Herr Schlüter (Klimaschutzmanager) sieht keine Probleme, den Fußgängercheck ins Konzept aufzunehmen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage und die Präsentation mit den Ausführungen zu den weiteren Schritten des Mobilitätskonzepts zur Kenntnis.



TOP 4.1 Antrag CDU / Grüne Fußverkehrscheck
Vorlage: 61-007-2022

Im Zusammenhang mit der Vorstellung des Mobilitätskonzepts unter TOP 4 wird inhaltlich die Anregung und der Antrag von B90/Die Grünen und CDU diskutiert.

Die Vorsitzende stellt der Antrag von B90 /Die Grünen zur Abstimmung.

Beschluss

Im Zuge der Erstellung des Mobilitätskonzepts für eine zukunftsfähige, nachhaltige Mobilität in Wülfrath fragen die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN an, Wülfrath möge sich am Wettbewerb um Teilnahme am Fußverkehrscheck durch das Zukunftsnetzwerk NRW beteiligen bzw. einen unabhängigen Fußverkehrscheck für Wülfrath beauftragen. CDU und GRÜNE regen an, die Fördermöglichkeiten durch entsprechende Förderanträge auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 5 Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen - Entwurfsplanung für den Förderantrag -> Vorlage wird nachgereicht!
Vorlage: 66-004-2022

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits im ABOF beraten. Herr Möller vom Ingenieurbüro Wegewitz präsentiert die Entwurfsplanung. Die Präsentation ist bereits ins Ratsinfosystem eingestellt.

In der anschließenden Diskussion ergibt sich folgendes nicht abschließendes Meinungsbild:

Herr Peetz (Wülfrather Gruppe) meint, Haltestellen mit schlechtem Kosten/Nutzen-Verhältnis seien entbehrlich und sollten abgebaut werden. Nur dann noch bestehende Haltepunkte sollten behindertengerecht ausgebaut werden.

Herr Holl (Technischer Dezernent) erläutert die Position der Verwaltung, dass zur langfristigen Stärkung des ÖPNV jede Haltestelle ausgebaut werden sollte. Autostellplätze in der Innenstadt kosteten auch 15-25 t€ und werden täglich nur von wenigen Personen genutzt. Jeder ÖPNV-Nutzer vermeide somit auch die Bereitstellung öffentlichen Parkraums in der Innenstadt. Der ÖPNV-Investitionszuschuss, der nicht beansprucht werde, gehe zu einem großen Anteil an strukturstarke Kommunen.

Herr Riedel (CDU) empfiehlt, den Antrag für alle Haltestellen zu stellen und später vor der In-



vestitionsentscheidung ausgeklammerte entfallen lassen. Frau Effert (CDU) sieht, dass viele Haltestellen zur Verlangsamung des ÖPNV führten. Sie votiert dafür, einen interfraktionellen Arbeitskreis einzuberufen und die Entscheidung in den Rat zu schieben. Herr Schneider (CDU) teilt die Meinung von Herrn Peetz (Wülfrather Gruppe) und fragt sich, ob beschlossen werden kann, bestehende Haltestellen abzubauen, die dann nicht mehr ausgebaut werden müssten. Frau Eberle (Tiefbauamt) erläutert, dass diese Frage an den Kreis Mettmann als Träger der Nahverkehrsplanung derzeit noch unbeantwortet sei.

Frau Kückler (Die Linke) plädiert für ein flächendeckendes Netz, das noch weiter auszubauen sei. Sie unterstützt den Vorschlag von Frau Effert (CDU) für eine interfraktionelle Vorabstimmung.

Herr Tüsselmann (SPD) sieht, dass Barrierefreiheit eine Pflichtaufgabe sei und sorgt sich wegen der Konsequenzen eines ausbleibenden Förderantrags.

Herr Mrstik (B90/Grüne) möchte alle Haltestellen ausgebaut sehen. Die jetzt gelieferten Zahlen hätten gefehlt. Er möchte in der Ratssitzung eine Entscheidung fällen.

Herr Möller (Büro Wegewitz) informiert, dass Grundlage der Planung von Haltestellen der Nahverkehrsplan des Kreises Mettmann mit einer Bindungswirkung bis 2024 sei. Der Behindertenvertreter habe sich dafür eingesetzt, alle Haltestellen gerade auch in Außenbereichen zu behalten. Sofern Haltestellen abgebaut werden sollen, müsse die Kommune einen entsprechenden Antrag für den nächsten Nahverkehrsplan stellen.

Beschluss

Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther stellt fest, dass Konsens bestehe, die Entscheidung in den Rat zu verschieben.

TOP 6 Vorstellung der KAAW Vorlage: 10/11-001-2022

Die Vorstellung der KAAW ist auf die Maisitzung des AUMD verschoben.

TOP 7 Satzung der Stadt Wülfrath über die notwendigen Stellplätze (Stellplatzsatzung) Vorlage: 61-002-2022

Die Satzung der Stadt Wülfrath über die notwendigen Stellplätze soll im AWS ausführlicher vorgestellt werden. Im AUMD sollen nur Fragen gesammelt werden.

Frau Kückler (Die Linke) votiert dafür, in § 3 die Zahl der notwendigen Stellplätze für Elektrofahrzeuge festzuschreiben.

Herr Sträßer (CDU) vermisst eine Synopse, was sich durch die neue gegenüber der alten Satzung ändere.

Herr Peetz (Wülfrather Gruppe) fragt sich, ob ein Inkrafttreten rückwirkend zum Februar (laut Vorlage) möglich und beabsichtigt sei.

[Anmerkung des Planungsamtes zur Niederschrift: In der endgültigen Fassung der Stellplatzsatzung, die im Rat beschlossen werden soll, ist das Datum noch offen. Es



wird das Inkrafttreten der Satzung mit dem Veröffentlichungsdatum erfolgen.]

Beschluss

Die Entscheidung wird in den folgenden AWS geschoben.

TOP 8 Straßen- und Wegekonzept Stadt Wülfrath 2022-2026 Vorlage: 66-003-2022

Der Technische Dezernent Herr Holl präsentiert das Straßen- und Wegekonzept 2022-2026, welches als Auszug auch als Tischvorlage verteilt wurde und dieser Niederschrift beigelegt ist.

Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) votiert für das Konzept, möchte aber die Reihenfolge bei der Umsetzung politisch beschließen, um eine Priorisierung vorzunehmen, bei der die für die Anlieger beitragsfreien Maßnahmen vorgezogen werden. Herr Peetz (Wülfrather Gruppe) ergänzt, dass zunächst abgewartet werden solle, wie sich die Entscheidungen der Landesgesetzgebung zu den Anliegerbeiträgen entwickle.

Herr Riedel (CDU) fragt, ob bei gleichzeitiger Kanalsanierung oder Verlegung von Glasfasernetzen die beitragspflichtigen Anteile sinken würden. Herr Holl sagt zu, dies zu prüfen und mit der Niederschrift zu beantworten. *[Nachtrag der Verwaltung zur Niederschrift: In der Rechtsprechung wurde mehrfach geklärt, dass dies der Fall ist. Die Kostenersparnis, die aus den Synergieeffekten durch die gleichzeitige Ausführung von Arbeiten an der Kanalisation oder Telekommunikationsleitungen resultieren, ist bei der Abrechnung des Aufwands für die Straßensanierung aufwandsmindernd zu berücksichtigen.]*

Herr Sträßer (CDU) warnt davor, die beitragspflichtigen Maßnahmen zu schieben, da der Bedarf zur Instandsetzung erkennbar schon lange bestehe und weist darauf hin, dass im Falle der Abschaffung der Anliegerbeiträge dann die Allgemeinheit in Form z.B. höherer Grundsteuern für die Reparatur der kaputten Straßen aufkommen müsse.

Herr Holl (Technischer Dezernent) weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung zunächst einmal nur die nach technischen Gesichtspunkten sowie wirtschaftlichen Synergien vorgenommene Priorisierung notwendiger Maßnahmen dargestellt würde. Im weiteren Prozess komme es dann, wie gesetzlich vorgesehen, zur aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Gestalt von Anliegerversammlungen und erst dann zu einem vom Rat zu beschließenden und auch erst dann erst verbindlichen Bauprogramm.

Herr Mrstik (B90/Grüne) bittet darum, das Bauprogramm mit dem Breitbandausbau abzustimmen und die Kostenaufteilung zwischen Anliegern und anderen Kostenträgern offenzulegen.

Frau Kückler (Die Linke) unterstützt, wie von der Wülfrather Gruppe vorgeschlagen, das Vorziehen der für die Anlieger beitragsfreien Maßnahmen.

Frau Effert (CDU) fragt danach, ob der Straßenausbau zu 100% durch Stadtwerke und Greenfiber erfolgen und finanziert werden könne. Herr Holl antwortet, dass dies nicht der Fall sei.

Bürgermeister Ritsche kündigt an, wirtschaftliche Synergien bei Kanal- und Breitbandausbau zu nutzen. Auch werde er bis zur Ratssitzung über die grundsätzliche Abrechnungssystematik für die Anlieger informieren. Bis dahin empfehle er, nicht über die Vorlage zu beschließen.



Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um die anwesenden Einwohner mit ihren Fragen zu Wort kommen zu lassen.

----- Einwohnerfragen -----

Herr Haas (Buchenweg) fragt nach den 267 t€, die für die dortige Sanierung eingeplant seien. Frau Drasnin antwortet dazu für die Verwaltung, dass die Anlieger bei einer Anliegerstraße 80% zu tragen hätten, von denen bei einer Landesförderung dann noch 50%, mithin 40% der Kosten auf die Anlieger umgelegt würden. Ob der Buchenweg als Anliegerstraße oder als Haupterschließungsstraße gelte, werde sie noch klären [*Nachtrag der Verwaltung: es ist eine Haupterschließungsstraße, mithin gelten 60%*]. Bürgermeister Ritsche sagt eine Musterberechnung zur nächsten Ratssitzung zu.

Herr Knobloch (Buchenweg) beschreibt den Buchenweg als Haupterschließungsstraße, deren Nutzung für den ÖPNV mit seinen tonnenschweren Bussen und die Schulverkehre nicht beim Fahrbahnaufbau berücksichtigt worden sei. Er kritisiert den aus seiner Sicht zufälligen Informationsfluss bezüglich des Straßenausbaus an die Anlieger.

Herr Kretschmer (Pappelweg) macht den Vorschlag, zuerst für die ganze Siedlung die Asphalttragschicht und später die Asphaltdeckschicht aufzubringen. Herr Holl erläutert für die Verwaltung, dass zunächst geplant und dann solche Details geklärt würden.

Herr Schmidt (Weidenweg) will wissen, ob die 160 t€ die Gesamtkosten seien und ob es eine Alternativplanung gäbe, wenn die 50% Landesförderung nicht erfolgten.

Herr Berger (Akazienweg/Pappelweg) fragt, ob er ruiniert werden solle. Er wolle wissen, ob Anlieger von Eckgrundstücken an zwei Straßen für beide Straßen zahlen müssten. Herr Holl bestätigt, dass dies zurzeit so sei.

Herr Holl erklärt für die Verwaltung, dass die Anliegerversammlungen ortsüblich bekannt gemacht würden. Frau Drasnin ergänzt, dass der Antrag auf 50%-ige Kostenübernahme durch das Land erst nach Abschluss der Maßnahmen gestellt werden könne, da dann erst klar sei, wie hoch die beitragsfähigen Kosten überhaupt seien.

Bürgermeister Ritsche versichert, dass nach diesem ersten Aufschlag noch entsprechende Bürgerberatungen folgen würden. Er bittet den Landtagsabgeordneten Herrn Sträßer (CDU) die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger zu den Beratungen im Landtag mitzunehmen.

Die Sitzung wird nach diesen Bürgerfragen wieder aufgenommen.

----- Fortsetzung der Sitzung -----

Frau Effert (CDU) stellt den Antrag, die Entscheidung über das Straßen- und Wegekonzept in die Ratssitzung zu verschieben. Herr Riedel (CDU) fragt die Verwaltung, ob die prinzipielle Aufteilung auf die Kostenträger bis dahin dargestellt werden könne. Dies wird von Herrn Holl bejaht.

Beschluss

Es besteht Einvernehmen im Ausschuss, die Entscheidung auf die Ratssitzung zu verschieben.



Die Vorsitzende stellt fest, dass die Entscheidung zum TOP „Straßen- und Wegekonzept Stadt Wülfrath 2022-2026“ auf die Sitzung des Stadtrates am 30.03.2022 verschoben wird.

TOP 9 Aufhebung der Hundewiese im Grüngürtel Ellenbeek
Vorlage: 66-005-2022

Herr Ulbrich (SPD) signalisiert Zustimmung, da seit 20 Jahren Überlegungen zur besseren Nutzung des Grünzugs Ellenbeek existieren. Die Hundewiese auf Deponie Hammerstein sei ein guter Ersatz.

Die Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Nach der Abstimmung erwähnt Herr Peetz (Wülfrather Gruppe), dass ein Antrag zur Beleuchtung mit Solarleuchten für die Deponie Hammerstein zu den Haushaltsberatungen gestellt werde.

Beschluss

1. Die Hundewiese im Grüngürtel Ellenbeek wird aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Ersatzstandort zu prüfen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke
Zustimmung	17	6	3	3	3	1
Ablehnung						
Enthaltung						

TOP 10 Dezentrale Aufstellung von Elektroschrottcontainern - Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Die Linke./Wülfrather Liste v. 03.02.2022
Vorlage: 66-007-2022

Die Verwaltung rät von der versuchsweisen dezentralen Aufstellung von Elektroschrottcontainern ab (s. Mitteilungsvorlage).

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10.1 Antrag der Fraktion Die Linke./Wülfrather Liste v. 03.02.2022 "Dezentrale Aufstellung von Elektroschrottcontainern"
Vorlage: 66-008-2022

Frau Kückler (Die Linke) zieht nach Kenntnisnahme der Verwaltungsmitteilung den Antrag zurück. Sie fragt sich jedoch, ob eine interkommunale Zusammenarbeit mit Wuppertal bei den Elektroschrottcontainern möglich sei.

Frau Effert (CDU) kann den Verwaltungsempfehlungen folgen. Sie regt an, die Bevölkerung über die Möglichkeiten der Elektroschrottsorgung bei den Verkaufsstellen zu informieren und



neue Standorte wie EDEKA bekannt zu geben. Sie sehe auch den Nutzen einer interkommunalen Lösung mit Wuppertal.

Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) sieht eine gute Infrastruktur in Wuppertal-Dornap. Er halte die städtischen Angebote zur Elektronikschrottsorgung für verbesserungswürdig.

Bürgermeister Ritsche sagt zu, dass die Abfallberatung etwas unternehmen werde, um die Informationslage im Bereich Elektroschrott zu verbessern.

TOP 11 Zwischenbericht zu den aus Fördermitteln finanzierten Pflanzmaßnahmen (Baumscheiben)
Vorlage: 66-009-2022

Frau Kückler (Die Linke) möchte eine Liste der geeigneten Bäume.

Der Technische Dezernent Herr Holl berichtet, dass aktuell ein Förderbescheid über 984.000 € für 120 Bäume und weitere Klimaschutzmaßnahmen im Stadtgebiet positiv beschieden worden sei.

Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) fragt, warum die Schillerstraße nicht neu ausgestattet werde. Bürgermeister Ritsche will die Gründe zum Protokoll darstellen lassen.

[Nachtrag Planungs- und Tiefbauamt zu Protokoll: Unter den Baumscheiben auf der Schillerstraße befinden sich Gas-, Wasser-, Strom und Telekommunikationsleitungen. Daher ist ein Umbau mit Rigolen nicht möglich. Zudem entsprechen die Baumscheiben nicht der FLL-Richtlinie (FLL = Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung – Landbau e. V.), insbesondere haben die Bäume hier nicht ausreichend Platz für ihre Wurzeln. Es wäre hierzu eine Planung für die gesamte Schillerstraße erforderlich, da auch die Verschiebung von Parkplätzen und Baumscheiben notwendig wäre. (Die Kapazitäten in Planungs- und Tiefbauamt lassen eine Planung allerdings derzeit nicht zu.) Eine Neubepflanzung in diesem Jahr wäre daher weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll.]

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12 Wurzeln in Wülfrath – Mehr Bäume für unsere Stadt
Vorlage: III-005-2022

Frau Effert (CDU) begrüßt den Beschlussvorschlag.

Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) erklärt, dass es nach den Erfahrungen aus dem DOMUS-Projekt doch politischer Konsens gewesen sei, erforderliche Ausgleichsmaßnahmen zukünftig nur noch auf öffentlichen Flächen und nicht auf Privatflächen festzusetzen, zumal auch Mieter nicht davon profitierten.

Dr. Guenther (B90/Grüne) plädiert dafür, dass sich auch Mieter beteiligen können.

Herr Schlüter (Klimaschutzmanager) erläutert, dass keine öffentlichen Flächen verfügbar seien, sodass ein öffentlicher Bürgerwald nicht realisierbar sei. Mieter und Mieterinnen sollen sich bei Zusage der Grundeigentümer*innen auch beteiligen können.



Frau KÜchler (Die Linke) teilt die Ideen von Herrn Herbes (Wülfrather Gruppe). Sie glaube nicht, dass Mieter auf den Eigentümer zugehen würden, zumal der hohe Eigenanteil von 100 € abschrecke.

Bürgermeister Ritsche möchte das Angebot zur Baumpflanzung auch für Menschen ohne Gärten möglich machen. Der Eigenanteil solle wie eine Schutzgebühr wirken.

Herr Ball-Sadlo (BUND) spricht von guten Erfahrungen mit Baumpflanzaktionen aus Düsseldorf. 600 € pro Baum seien schon wertig.

Auf die Frage von Herrn Peetz (Wülfrather Gruppe) nach einer Mengengrenze bei Öffnung des Angebotes für Mieter und Wohnungsbaugesellschaften antwortet Herr Schlüter (Klimaschutzmanager), dass pro Haushalt nur ein Baum möglich sei.

Die Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss

Um die Stadt widerstandsfähiger gegen kommende Hitzeperioden zu machen, wird die Verwaltung beauftragt, mithilfe des unten skizzierten Projektablaufs innerhalb der Pflanzsaison Herbst 2022 die Pflanzung von ca. 200 Bäumen in privaten Gärten anzustreben.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	17	6	3	2	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung				1			

TOP 13 Kommunales Grün- und Freiflächenmanagement Vorlage: III-012-2022

Bürgermeister Ritsche zieht den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu 1a zurück, da ein Förderbescheid zur interkommunalen Zusammenarbeit erwartet werde. Die personelle Situation im Baubetriebshof solle somit vorläufig nicht verändert werden. Kostenpflichtige Untersuchungen sollten sich auf eine gezielte Untersuchung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit beziehen.

Die Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne den Punkt 1a zur Abstimmung.

Nach der Abstimmung fragt der sachkundige Einwohner Herr Ball-Sadlo (BUND), ob Herr Holl garantieren könne, dass die Stelle des Umweltreferenten nach dessen Ausscheiden Mitte 2022 qualifiziert nachbesetzt werden könne. Der Technische Dezernent Dr. Holl antwortet, dass er eine solche Zusage derzeit nicht abgeben könne.



Beschluss

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Aufgaben umzusetzen:
 - a. (vom BM zurückgezogen)
 - b. Vergabe der externen Pflege zur Wiederherstellung des repräsentativen Erscheinungsbildes für die Flächen „In den Banden“ und „Angergarten“. Ziel ist es, im Jahr 2022 die Pflegerückstände zu beseitigen und bspw. durch Neupflanzungen in den Beeten den ursprünglichen Charakter als hochwertige Grünflächen wiederherzustellen. Die dauerhafte Pflege soll bis auf weiteres durch den Baubetriebshof erbracht werden. Die notwendige Make-or-Buy-Entscheidung wird (unter Beteiligung des Personalrates) nach Auswertung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung zu treffen sein.

- 1) Der Fachausschuss legt als Ziel der Grünpflege fest, die ursprüngliche Funktion der städtischen Grünflächen wiederherzustellen und durch eine anschließende, werterhaltende Pflege zu verstetigen. Dies gilt sowohl für repräsentative Flächen als auch für alle anderen Flächen, wie das Straßenbegleitgrün oder die Spielplätze.

- 2) Frühere Beschlüsse, die den oben genannten Beschlussinhalten entgegenstehen, werden durch den jetzigen Beschluss aufgehoben.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 14 Projektvorschlag Urbane Klimaresilienz
Vorlage: III-006-2022

Herr Ball-Sadlo (BUND) fordert dazu auf, die vom BUND gewünschten und von der Verwaltung zugesagten Abstimmungsgespräche zur Ausgestaltung der Ausgleichsflächen stattfinden zu lassen.

Herr Clevenhaus (Liegenschaftsamt) antwortet, dass die aus vertragsrechtlichen Gründen zuständige GWG zugesichert habe, dementsprechend zu verfahren. Der BUND möge sich daher bitte mit der GWG in Verbindung setzen.



Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Frau Effert (CDU) beantragt zur Tagesordnung, wegen der vorgerückten Zeit nach TOP 16 die Sitzung zu beenden.

Herr Peetz (Wülfrather Gruppe) kritisiert, dass mit nur vier Sitzungen pro Jahr, wie von der CDU gefordert, eine Überforderung stattfindet.

Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther schlägt vor, am 9. März die Sitzung zu den Haushaltsberatungen gemeinsam mit dem ABOF durchzuführen und dann die restlichen Tagesordnungspunkte aus der heutigen Sitzung anzuschließen.

Darüber besteht im Ausschuss Einvernehmen.

Herr Ulbrich (SPD) fragt, warum das Brandschutzkonzept sachfremd auf der Tagesordnung des AUMD stehe. Frau Drasin und Herr Clevenhaus erläutern für die Verwaltung, dass sich dies aus der Zuständigkeitsordnung ergebe: Hochbaumaßnahmen unterlägen grundsätzlich dem Entscheidungsvorbehalt der Fachausschüsse. Die haushalterische Vorberatung des dem Produkt 0115 zugehörigen Gebäudes DLZ obliege dem AUMD.

Beschluss

Der Anregung wird nicht gefolgt. Die Zielsetzungen des Antrags „Vorschlag Siepen 3“ in Bezug auf die Schaffung eines für Flora, Fauna und Mensch wertvollen Gebiets, werden grundsätzlich von der Verwaltung befürwortet. Die Haushaltslage der Stadt Wülfrath erlaubt es aber derzeit nicht, das Projekt zu realisieren.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 15 Einführung eines kommunalen Energiemanagementsystems
Vorlage: III-002-2022

Frau Effert (CDU) erklärt, dass die CDU zustimmen werde.

Frau Kuchler (Die Linke) sagt, sie werde zustimmen.

Herr Riedel (CDU) weist darauf hin, dass die Energiemanagement-Software kostenlos verfügbar sei, sodass man 20.000 € sparen könne. Die teure Messtechnik mit 50.000 € solle über einen Wärmedienstleister besorgt werden, ohne zu investieren.

Her Mrstik (B90/Die Grünen) begrüßt die Vorlage und fragt, ob damit über die Stelle entschie-



den sei. Herr Benner (Personalamt) sagt zu, dass er die Stelle im neuen Stellenplan aufnehmen werde.

Beschluss

In der Ratssitzung am 14.12.2021 wurde mit der Vorlage III-006-2021/1 beschlossen, dass ein kommunales Energiemanagementsystem beim Vorliegen einer 100%igen Fördermöglichkeit eingeführt werden soll.

Obwohl die Möglichkeit einer vollumfänglichen Förderung nicht besteht, wird die Verwaltung beauftragt, ein Energiemanagementsystem für die städtischen Liegenschaften mithilfe des Managementinstruments KOM-EMS einzuführen. Dies beinhaltet in den ersten Schritten die Erstellung einer Dienstanweisung Energie und die Ausschreibung einer auf drei Jahre befristeten Vollzeitstelle einer Energiemanagerin / eines Energiemanagers.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 16 Leistung der Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach
Vorlage: III-007-2022

Die Mitteilungsvorlage zur höheren Leistung der Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Rathauses wird ohne weitere Beiträge aus dem Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Danach wird die Sitzung wie beantragt von der der Vorsitzenden unterbrochen. Am 9. März um 17 Uhr solle die gemeinsame Beratung des Haushaltsplanes durch ABOF und AUMD beginnen. Danach würden die restlichen noch offenen Tagesordnungspunkte des AUMD erörtert.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 17 Klimaanalysekarte - Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: III-013-2022

Herr Schlüter (Klimaschutzmanager) erläutert, welche Art von Klimaanalysekarte die Verwaltung für sachgerecht halte. Die Kosten würden mit ca. 35.000 € angesetzt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.



TOP 17.1 Änderungsantrag die Linke/Wülfrather Liste - Alternative Vorgehensweise Klimakarte vom 15.02.2022
Vorlage: III-015-2022

Herr Schlüter (Klimaschutzmanager) hat, im Hinblick auf die im Änderungstrag vorgeschlagene Zusammenarbeit, mit dem Wuppertal Institut Kontakt aufgenommen. Das Wuppertal Institut stehe für Arbeiten auf der Metaebene, nicht jedoch für die operative Erarbeitung eines solchen Konzeptes zur Verfügung.

Zur Nutzung der Klimaanalyse des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) hätten seine Recherchen ergeben, dass die Karten aus dem Jahr 2017 veraltet, mit fehlerhaften Flächenausweisungen behaftet und nur von ungenauer Auflösung von ca. 100 m seien.

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion „Die Linke“ vom 15.02.2022 zum Antrag der „Wülfrather Gruppe“ für die Erstellung einer Klimaanalysekarte vom 10.02.2022 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	6	3	3	3		1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 17.2 Antrag des Wülfrather Gruppe e. V. vom 10.2.2022 zur Erstellung einer Klimaanalyse-Karte
Vorlage: III-011-2022

Herr Schlüter (Klimaschutzmanager) erläutert, dass eine Analyse der Klimadaten etwa drei bis vier Monate dauere. Die Auswertung gemeinsam mit der Verwaltung würde zusätzlich etwa sechs bis acht Monate dauern. Die Ergebnisse könnten dann für städtebauliche Planungen kostenmindernd genutzt werden.

Herr Riedel (CDU) fragt, wie die Verwaltung das vorliegende, günstigere Angebot bewerte. Herr Schlüter hält sich mit der Bewertung zurück, stellt aber klar, dass die notwendige Ausschreibung selbstverständlich vergleichbare Leistungen abfragen werde.

Beschluss

Für die Stadt Wülfrath wird eine Klimaanalysekarte erstellt. Bis zur nächsten Sitzung des AUMD sind Angebote von entsprechenden Fachbüros einzuholen. Dem AUMD wird das Konzept zur Auftragsvergabe vorgestellt. Bis zur endgültigen Vergabe werden 35.000 € mit einem Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt.



Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	6	3	3	3		1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 18 Sachstand Erstellung Fokuskonzept Wärme- und Kältenutzung
Vorlage: III-003-2022

Herr Schlüter (Klimaschutzmanager) erläutert die Mitteilungsvorlage.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19 Grundsatzbeschluss Brandschutzkonzept und -maßnahmen am DLZ
Vorlage: 65-005-2022

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt die Maßnahme des Projekts „Brandschutzkonzept und -maßnahmen am DLZ“ mit der Planung zu beginnen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	6	3	3	3		1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 20 Personalangelegenheiten - befristete Stellenmehrung im Tiefbauamt (0,5 VZÄ)
Vorlage: 10/11-005-2022

Beschluss

Es wird eine auf drei Jahre befristete Stelle im Tiefbauamt mit 0,5 VZÄ (EG 11 / 12) eingerichtet.



Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	6	3	3	3		1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 21 Neues aus dem Klimaschutzmanagement
Vorlage: III-008-2022

Herr Schlüter erläutert kurz mündlich die wesentlichen neuen Projekte.

Zum Punkt Bürgersolarberatung regt Herr Leifeld (CDU) an, nicht in Konkurrenz zu den eigenen Stadtwerken zu gehen. Herr Peetz (Wülfrather Gruppe) schließt sich dem an, da eine 100%-ige Tochter das Angebot zur neutralen Beratung auch machen könne.

Herr van Hueth (SPD) begrüßt die Ausbildung zu neutralen Bürgersolarberatern.

Herr Mrstik (B90/Grüne) sieht keinen Widerspruch, da eine breite Informationsbasis weitere Anwender gewinnen könne.

Die Präsentation „Neues aus dem Klimaschutzmanagement“ geht zur Niederschrift der Sitzung.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Klimaschutzmanagers zur Kenntnis.

TOP 22 Personalangelegenheiten - Verstetigung der Stelle Klimaschutzmanagement
Vorlage: 10/11-003-2022

Herr Switalski (CDU) spricht nach der positiven Entscheidung an, dass Personalentscheidungen doch nicht in Anwesenheit des Betroffenen getroffen werden dürften. Herr Benner (Personalamt) nimmt diese konstruktive Kritik an und sichert für die Zukunft eine dementsprechende Beachtung zu.

Beschluss

Die Stelle Klimaschutzmanagement (1,0 VZÄ - EG 11) wird verstetigt und dauerhaft im Stellenplan der Stadt Wülfrath eingerichtet. Die notwendigen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2022 / 2023 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	6	3	3	3		1



Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 23 Haushaltsplanberatungen zum Doppelhaushalt 2022/2023
Vorlage: 20-010-2022

[Anm.: Die Haushaltsplanberatungen zum Doppelhaushalt 2022/2023 Vorlage: 20-010-2022 wurden ab 17 Uhr in der gemeinsamen Sitzung von ABOF und AUMD am 9. März 2022 für die „gemeinsamen“ Produkte unter Vorsitz des Ratsmitglieds Herrn Herbes durchgeführt. Im Anschluss wurden die „eigenen“ Produkte des ABOF (Vorsitz Herbes) und des AUMD (Vorsitz Dr. Guenther) nur noch von diesen separat beraten.]

Gemeinsame Produkte ABOF & AUMD:

Der Vorsitzende des ABOF, Herr Herbes, stellt die gemeinsamen Produkte einzeln zur Beratung:

0109 Baubetriebshof

Frau Lorenz (Die Linke) sieht bei der Personalkostenverschiebung für zwei Friedhofsgärtner zur Kostenstelle beim Friedhof eine Differenz. Herr Benner erläutert, dass nur wesentliche Effekte dargestellt würden. Frau Lorenz bittet künftig um Erläuterungen bei solchen Abweichungen. Herr Riedel (CDU) sieht hohe Kostensummen bei Beschaffungen von Fahrzeugen und Maschinen für den Baubetriebshof, die im Falle einer Kooperation mit dem Bauhof Mettmann auf den Prüfstand gehörten. Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) fragt ergänzend, wie die zeitliche Planung der Kooperation sei. Herr Benner erläutert, dass bei den vielen zu klärenden Aspekten fünf Jahre realistisch seien. Die baulichen Überarbeitungen des Baubetriebshofes sollten bis dahin zurückgestellt werden. Es sei nicht mit einer kurzfristigen Entscheidung der Bezirksregierung zur Kooperation zu rechnen. Die jetzt fehlende Damendusche müsse jedoch kurzfristig eingebaut werden, um die unhaltbaren Zustände zu beheben. Dies sei einstimmig im Februar beschlossen worden. Herr Mrstik (B90/Grüne) bringt seine Erwartungshaltung zum Ausdruck, dass wesentlich weniger als fünf Jahre für diese Kooperation benötigt würden.

0119 Technisches Gebäudemanagement ohne Beratung

1102 Abwasserbeseitigung ohne Beratung

1201 Verkehrsflächen und -zubehör

Herr Riedel (CDU) schlägt vor, die Anlage von Baumrigolen (230.000 €) nur auf versiegelte Flächen zu beschränken, um Geld zu sparen und dennoch das Ziel zu erreichen. Auch seien die Kosten für die Abdichtung von Blumenkübeln mit 20.000 € etwas hoch gegriffen. Er fragt, ob das der Baubetriebshof nicht mit Bordmittel machen könne. Herr Holl (Technischer Dezernent) entgegnet, dass nicht nur die Kübel, sondern auch die Abdichtung des darunter liegenden Parkdecks saniert werden müsse. Da der Baubetriebshof zeitlich überfordert sei, müsse extern vergeben werden.

1203 ÖPNV / SPNV

Herr Switalski (CDU) wiederholt die Nachfrage an den Kämmerer aus der Februarsitzung, wie sich die unterschiedlichen Ansätze zur Barrierefreiheit von 4,1 Mio € investiv zu den jetzt 1,2 Mio € investiv aus der Präsentation erklärten. Kämmerer Herr Fritz sichert zu, dies schriftlich an alle Fraktionen zu beantworten.

Herr Riedel (CDU) fragt, wieso sich gegenüber 2020 der Ansatz für die Unterhaltung von Bushaltestellen von ca. 8.000 € auf 43.000 € erhöht habe. Kämmerer Herr Fritz erläutert, dass die beauftragte Firma die ausgeschriebene Leistung faktisch nicht habe erbringen können. Da aus



eben diesem Grund aber auch keine Rechnungen gestellt worden seien, habe die Verwaltung das Vertragsverhältnis einvernehmlich lösen können. Dies wiederum mache jetzt die Neuausschreibung mit der Folge steigender Kosten erforderlich.

1204 Straßenreinigung und Winterdienst ohne Beratung

[Die Beratungen zu den Produkten des ABOF werden ausschließlich in der dortigen Niederschrift protokolliert.]

Produkte des AUMD:

Die Vorsitzende des AUMD, Frau Dr. Guenther, stellt die gemeinsamen Produkte einzeln zur Beratung:

0115 EDV, Zentrale Dienste ohne Beratung

1101 Abfallbeseitigung ohne Beratung

1202 Verkehrliche Planung

Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) kritisiert die hohen Kosten des Mobilitätskonzeptes von 113.000 €. In 2019 sei bereits mit dem Radverkehrskonzept auf Antrag der SPD ein umfangreicher Maßnahmenkatalog verabschiedet worden, der direkt umgesetzt werden könne. Die Ergebnisse der Workshops zur Vorbereitung des Mobilitätskonzeptes seien ihm zu unkonkret.

[Nachtrag des Planungsamtes zu Protokoll: Da in der Begründung zum Veränderungsansatz der Begriff „Mobilitätskonzept“ verwendet wird, konnte der Eindruck entstehen, dass die zuvor in „Planungsansatz alt“ aufgeführten Beträge (2022+23 zusammen 56.750 €) ebenfalls für das Mobilitätskonzept vorgesehen waren, was nicht der Fall ist. Nur die Veränderung (2022+23 zusammen 56.250 €) bezieht sich auf die kalkulierten Kosten für das Mobilitätskonzept, welche lediglich aufgrund der Zuordnung hier von 0901 zu 1202 verschoben wurden.]

Herr Holl (Technischer Dezernent) erläutert den Sinn eines planvollen Vorgehens und dass zunächst in gemeinsamer Verständigung das Ziel definiert werden müsse, bevor man operativ mit Maßnahmen tätig werde. Sonst beginne man heute etwas, was morgen wieder entbehrlich werde. Auch andere Städte gingen so vor und die Themen ÖPNV, Schulwegesicherheit, etc. könnten mit einem kurzen Maßnahmenpaket nicht sachgerecht untereinander und gegeneinander abgewogen werden.

Herr Switalski (CDU) zitiert aus dem kreisweiten Radverkehrskonzept, dass dort auch schon aufwändige Maßnahmen für Wülfrath dargestellt seien, die zunächst einmal abgearbeitet werden sollten. Herr Holl erläutert, dass das Radverkehrskonzept des Kreises einen engeren Fokus habe und im Wesentlichen die überörtlichen Planungen, nicht die Zentren der Städte selbst berücksichtige. In den vorbereitenden Workshops seien für Wülfrath die vorrangigen Themen „Rad- und Fußverkehr“ sowie „ÖPNV“ benannt worden. Die im Konzept des Kreises vorgeschlagenen Maßnahmen für Wülfrath würden bei der Erarbeitung des lokalen Konzeptes Berücksichtigung finden.

Herr Mrstik (B90/Grüne) spricht sich dafür aus, die bisherigen Maßnahmenvorschläge von Profis auf die gegenseitige Beeinflussung prüfen zu lassen. Das könne nach seiner Auffassung gesunder Menschenverstand der eigenen Fachleute leisten. Herr Holl (Technischer Dezernent) erklärt, dass wegen eines fehlenden Verkehrsplaners und der komplexen Aufgabe mit Bürgerbeteiligung und Planung eine Vergabe an Externe notwendig sei.



Herr Schorn (Leiter des Ordnungsamtes) ergänzt, dass er die Erfahrung gemacht habe, dass schon die scheinbar einfache Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrende im Gegenverkehr mit Sicherheitsaspekten, wie notwendigen Radfahrerampeln im Gegenverkehr, bereits erheblicher Abstimmung bedürfe.

Herr Hoffmann (SPD) formuliert, die Aufgabe sei kompliziert. Wülfrath brauche ein passgenaues Mobilitäts- und nicht nur ein Radwegkonzept. Alle Parteiprogramme hätten die umweltgerechte Mobilität aufs Schild gehoben und die Interdependenzen aller Verkehrsteilnehmer seien deshalb wichtig. Zukunftsorientiert müsse der Straßenraum für Autos reduziert werden. Er halte die alten subjektiven Wahrnehmungen nur für einen kleinen Beitrag. Ziel der Workshops zur Mobilität sei eine Abfrage der Schwerpunkte gewesen. Die Ergebnisse sollten jetzt zu einem Leistungsverzeichnis verdichtet werden, welches extern beauftragt und passgenau für Wülfrath werden solle. Im Ergebnis unterstütze die SPD deshalb die Verwaltungsmeinung.

Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) meint, dass das Konzept des Kreises auch schon unkonkret gewesen sei und Wülfrath nichts gebracht habe. Das Konzept solle kleiner und überschaubarer werden. Andernfalls sehe er keinen Raum für notwendige Einsparungen im Haushalt.

1205 Straßenbeleuchtung

Es wird der als Tischvorlage verteilte Antrag der Wülfrather Gruppe zur Beleuchtung der Hundewiese Hammerstein durch den Antragsteller in Person von Herrn Herbes erläutert. Er sei auf Anregung von zwei Anwohnerinnen mit Hunden entstanden.

Frau Windrath-Neumann (Gästin im AUMD) sagt, sie begrüße die Beseitigung von Angsträumen.

Herr Brühland (CDU) merkt an, er verstehe nicht, dass vor Jahren zur Kostensenkung die bisherige sichere Straßenbeleuchtung zwischen den Ortsteilen abgebaut worden sei, aber eine aufwändige Beleuchtung eines Hundeplatzes jetzt stattfinden solle.

Herr Riedel (CDU) fragt nach den Kosten. Herr Holl erklärt, dass der Verwaltung auf eine Anfrage noch keine Antwort von Anbietern vorläge. Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) schätzt ca. 10.000 € für ca. vier Leuchten.

Herr Riedel (CDU) fragt warum die Kosten der Stromversorgung trotz LED Einsatzes nicht wesentlich gesunken seien. Herr Clevenhaus (Liegenschaftsmanagement) erklärt, dass zum Zeitpunkt der Entwurfsplanung die finalen, aus der Ausschreibung resultierenden Einsparungen noch nicht bekannt gewesen seien.

1301 Parkanlagen und Grünflächen

Herr Peetz (Wülfrather Gruppe) fragt, ob der Baubetriebshof den Angergarten künftig weiterhin pflegen werde. Der Beschluss zum kommunalen Grün- und Freiflächenmanagement III-12-2022 habe doch die Entscheidung zum „make or buy“ von dem jetzt zurückgezogenen Verwaltungsvorschlag einer Orgauntersuchung abhängig gemacht. Herr Holl (Technischer Dezernent) erläutert, dass die reguläre Pflege bis auf weiteres beim Baubetriebshof liege. Die Beseitigung der Pflegerückstände und die Neuanpflanzungen würden extern beauftragt.

Herr Hoffmann (SPD) weiß, dass der Angergarten dem Baubetriebshof am Herzen liege und regt an, dass nach der Aufwertung der Baubetriebshof weiterhin dort pflegen solle. Herr Holl erklärt, dass die Entscheidung zum „make or buy“ nur verschoben sei.

1401 Umwelt ohne Beratung



Sammelantrag Reduzierung der Kassenkredite um jährlich 1 Mio € - Stand der Umsetzung (Wülfrather Gruppe) zu den Haushaltberatungen:

Der an alle Ausschüsse adressierte Sammelantrag der Wülfrather Gruppe vom 18.02.2022 wird zur Beratung aufgerufen. Herr Peetz fragt für den Antragsteller, welche Vorschläge es zur Reduzierung der Kassenkredite in den Fachausschüssen gebe.

Herr Mrstik (B90/Grüne) dankt für den Antrag, habe mit dem Wort „Antrag“ Probleme, da hier nicht abgestimmt werden könne. Herr Mrstik erläutert, dass künftig der Schuldenberg nicht mehr zufällig, sondern planvoll abgebaut werden solle, was mit der CDU so abgestimmt sei. So solle auf zusätzliche freiwillige Aufgaben verzichtet werden und es gleichzeitig zu keinem Kahlschlag bei den kommunalen Leistungen kommen. Damit solle die Lebensqualität in Wülfrath gesichert werden. Herr Mrstik kündigt entsprechende Anträge zum Haushalt in HFA und Rat an.

Herr Hoffmann (SPD) erklärt, dass ein sorgfältiger Umgang mit dem Geld immer schon wichtig gewesen sei. Fünf Haushaltssicherungskonzepte und eine Nachhaltigkeitssatzung seien aufgestellt worden und es gebe keine deutlichen Einsparpotenziale mehr. Er prognostiziere daher, dass CDU und Grüne in der kommenden Ratssitzung eine Grundsteuererhöhung als das eigentliche Ziel vorschlagen würden.

Herr van Hueth (SPD) beschreibt emotional, er sei dreißig Jahre verwaltungsseitig an Haushaltssicherungskonzepten beteiligt gewesen. Schulsozialarbeit und Jugendhaus seien personell eingespart worden. Jedes Jahr eine weitere Million einzusparen bedeute, dass dann die Schwimmhalle und danach das Sportzentrum eingespart werden müssten. Wenn CDU und Grüne einsparen wollten, dann müssten sie Vorschläge liefern.

Herr Peetz (Wülfrather Gruppe) erklärt den Beschluss von CDU und Grünen jährlich 1 Mio € einsparen zu wollen zur Symbolpolitik. Er bitte zu Protokoll zu nehmen: „Dieser Antrag wird im Rat keinen Bestand mehr haben!“. Herr Peetz sagt vorher, dass am Ende massive Steuererhöhungen beschlossen würden.

Herr Mrstik (B90/Grüne) bisher seien keine Maßnahme beschlossen worden, um die Substanz zu gefährden und er fordere die SPD auf, mitzuziehen. Man werde im Rat entsprechende Anträge stellen.

Kämmerer Herr Fritz erklärt, die Ukraine sei ein gutes Beispiel dafür, dass bei äußerer Bedrohung alle Parteien zusammenhalten. Die äußere Bedrohung in Wülfrath seien die Schulden und das gemeinsame Ziel müsse die Schuldenbegrenzung sein. Es sei besser die Energien miteinander als gegeneinander einzusetzen. Er appelliert an das Gremium, sich stattdessen gemeinsam bei Land und Bund für einen Altschuldenerlass einzusetzen.

Frau Windrath-Neumann (B90 Gästin im AUMD) beschreibt das nach ihrer Ansicht strukturelle Defizit, das zu schmerzhaften Einsparungen führe. Mit Blick in Richtung Land fordere sie die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution, da die kommunalen Aufgaben nicht mehr alleine gestemmt werden könnten.

Herr Langner (FDP) teilt die Meinung von SPD und Wülfrather Gruppe. Wer beschliesse zu sparen, müsse auch Vorschläge machen. Die Zukunftssicherung sei Aufgabe aller Parteien.



Die Vorsitzende, Frau Dr. Guenther stellt den Antrag der Wülfrather Gruppe zur Beleuchtung des Weges am Hundeplatz Hammerstein zur Abstimmung. Gegen die Stimme von Herrn Brühl (CDU) erfolgt die mehrheitliche Zustimmung des AUMD.

Anschließend steht der Tagesordnungspunkt Haushaltsplanberatungen insgesamt zur Abstimmung. Die Mitglieder des AUMD votieren einstimmig dafür.

Beschluss

Am Fußweg der Hundewiese „Hammerstein“ werden, auf dem Teilstück vom Parkplatz Hammerstein bis zur Sitzbank, solarbetriebene Leuchten aufgestellt.

Die in den Produkten:

- 0109 – Baubetriebshof
- 0115 – EDV, Zentrale Dienste
- 0119 – Technisches Gebäudemanagement
- 1101 – Abfallbeseitigung
- 1102 – Abwasserbeseitigung
- 1201 – Verkehrsflächen und -zubehör
- 1202 – Verkehrliche Planung
- 1203 – ÖPNV / SPNV
- 1204 – Straßenreinigung u. Winterdienst
- 1205 – Straßenbeleuchtung
- 1301 – Parkanlagen und Grünflächen
- 1401 – Umwelt

It. Haushaltsplanentwurf zum Doppelhaushalt 2022/2023 im Ergebnis- bzw. Finanzplan bereit zu stellenden Mittel werden unter Berücksichtigung der (soweit) vorliegenden Veränderungsanträge dem Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Vorberatung empfohlen.

Abstimmungsergebnis

Zur Beleuchtung des Fußweges am Hundeplatz Hammerstein:

Einstimmig		
Mehrheitlich	X	

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	15	5	3	3	3		1
Ablehnung		1					
Enthaltung							

Zum Haushaltsplan insgesamt:

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	6	3	3	3		1
Ablehnung							
Enthaltung							



TOP 23.1 Antrag der Wülfrather Gruppe, Reduzierung des Kassenkredits um 1 Mio. Euro - Stand der Umsetzung
Vorlage: BVV-003-2022

Unter dem TOP 23 wurde der Antrag bereits diskutiert und vom Antragsteller für in der Sache erledigt beschrieben.

TOP 24 Mitteilungen und Anfragen

Herr Herbes (Wülfrather Gruppe) bittet darum, das Kreisradwegekonzept in Session einzustellen. *[Hinweis der Verwaltung: Das Kreisradwegekonzept ist im Bürgerinformationssystem des Kreises Mettmann zum Mobilitätsausschuss vom 14.03.2022 einzusehen: <https://session.kreis-mettmann.de/bi/si0057.asp?ksinr=12750>.]*

Herr Mrstik (B90/Grüne) erinnert, dass laut Arbeitskreis Klima die CO₂-Bilanz fehle. Es gebe die kostenlose Software „Klimaschutzplaner“ des Kreises, die auch dort gepflegt werde. Der Klimaschutzmanager Herr Schlüter hält die Bilanz für ungeeignet, da sie immer zwei Jahre zu alt sei. Er möchte die Umsetzung von Maßnahmen schneller geprüft sehen. Zunächst solle eine CO₂-Bilanz der Verwaltung und im Anschluss für das Stadtgebiet Wülfrath erstellt werden.

Herr Schlüter sagt zu, die Bilanz des Kreises für Wülfrath zum Protokoll zu geben. *[Hinweis der Verwaltung: Die Bilanz wurde bereits mit der Vorlage III-006-2020 im AUO am 25.08.2020 vorgestellt und ist als Anlage zur Niederschrift beigefügt.]*



anwesend

SE-BUND, beratend

Herr Dipl.-Ing. Andreas Ball-Sadlo Nur 03.03
Herr Thomas Zimmermann Nur 09.03.

SB-stimmberechtigt

Herr Walter Brühland Nur 09.03.
Herr Jan-Niklas Niebisch
Herr Wolfgang Riedel
Herr Paul Thamm
Herr Tim Tüsselmann
Frau Esra Ünal
Frau Beatrice Wulf
Herr Hans-Werner van Hueth Nur 09.03.

Ratsmitglied

Herr Claus Leifeld Nur 09.03.
Herr Hans-Joachim Czerwonka Nur 03.03.
Herr Uwe Buschmann Nur 09.03.
Frau Isabel Effert Nur 03.03.
Frau Dr. Tina Guenther
Herr André Herbes
Herr Manfred Hoffmann Nur 09.03.
Frau Ilona Kückler Nur 03.03.
Frau Johanna Liell Nur 03.03.
Herr Stephan Mrstik
Herr Wolfgang Peetz
Herr Andreas Seidler Nur 09.03.
Herr Patrick Schneider
Herr Martin Sträßer Nur 03.03.
Herr Udo Switalski Nur 09.03.
Herr Hans-Jürgen Ulbrich Nur 03.03.

Verwaltungsmitarbeiter/in

Herr Marcus Benner
Herr Peter Clevenhaus Nur 09.03.
Frau Sabine Drasnin
Herr Paul-Georg Fritz
Herr Stefan Holl
Herr Gerd Schlüter
Herr Andreas Lange



Bürgermeister/in

Herr Rainer Ritsche

Wülfrath, den 29. März 2022

(Dr. Tina Guenther)
Ausschussvorsitzende

(Andreas Lange)
Schriftführer

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.